

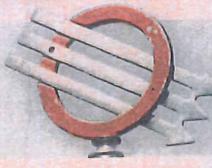
# DER STANDARD

Face Pictures/Imago



Wohnraum für den Bundespräsidenten

Seite 7



SPÖ Wien: Senioren prägen das Image

Seite 8



Peter Bogdanovichs Lust an der Komödie

Seite 19

DONNERSTAG, 20. AUGUST 2015 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,20

## Sittenwidrige Verträge und Scheinrechnungen

FPÖ und Ideenschmiede halten Justiz auf Trab, Scheuchs Ex-Referent verurteilt

Colette M. Schmidt

**Wien/Klagenfurt** – In der Causa um angebliche illegale Geldflüsse von der Agentur Ideenschmiede zur Kärntner FPÖ gibt es einen Nebenschauplatz: FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ging gerichtlich gegen die Neos vor, weil diese im Internet ein Posting verbreiteten, auf dem Karl-Heinz Grasser, Jörg Haider und Strache mit Geldkoffern dargestellt sind. Darunter steht: „Diese Koffer ändern sich nie.“ Strache klagte wegen Beleidigung und übler Nachrede, weil im Posting auch von „dubiosen Geldflüssen“ die Rede ist.

Straches Antrag auf Beschlagnahme des Bildes gab der Richter nicht statt. Strache muss sich vorerst Koffer nennen lassen – jedoch mit dem Hinweis auf ein laufendes Verfahren. Doch das ist für Neos-Anwalt Max Leitner ebenso Nebensache wie die Frage, ob FPÖ-General Herbert Kickl Ideenschmiede-Gesellschafter war, was Kickl zurückweist: „Denn das ist nicht illegal.“ Interessanter findet Leitner den Vertrag, den die Ideenschmiede 2005 mit der FPÖ Kärnten abschloss. Mit diesem will er nämlich den Beweis antreten, dass der Begriff „dubiose Geldflüsse“ gerechtfertigt sei.

Denn in dem vom Geschäftsführer der Agentur und dem damaligen Geschäftsführer der FPÖ Kärnten, Manfred Stromberger, unterfertigten Vertrag steht folgende Kickback-Vereinbarung: „Bei Aufträgen von FPÖ-Landesregierungs-büros (sowie ihnen angegliederten oder zuzurechnenden Gesellschaften etc.) bekommt die FPÖ Kärnten 20 Prozent des Auftragsvolumens der Agentur gutgeschrieben.“

Wenn man Bürgern anschaulich erklären wolle, wie illegale Parteienfinanzierung funktioniert, sagt Leitner, „ist das ein gutes Beispiel. Das Land beauftragt etwa eine Agentur, eine Broschüre zu drucken, und ein Teil des Steuergeldes geht ohne Nutzen für den Steuerzahler an die Partei.“ Dabei sind Politiker bei der Verwaltung zur Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verpflichtet.

Bemerkenswert sei für Leitner, „dass sich die Vertragspartner in diesem sittenwidrigen Vertrag offensichtlich zu strafrechtlich relevantem Verhalten verpflichten möchten. Strafrechtlich erfüllt dieses Verhalten den Tatbestand

der Untreue.“ Um den Vertrag zu erfüllen, müsse es auch zu Geldübergaben kommen. Ob im Koffer, dessen Existenz Strache im ORF-Sommorgespräch am Montag vehement bestritt, oder im Plastiksackerl, ist irrelevant.

Kickl wird in der Sache weiter „weder als Verdächtiger noch Beschuldigter“ geführt, wie Norbert Hauser von der Korruptionsstaatsanwaltschaft dem STANDARD gestern, Mittwoch, sagte. Das könne sich ändern, „es kommt darauf an, welche Beweismittel wir erheben haben bzw. noch erheben werden“. Seit dem Zwischenbericht an das Justizministerium im Juli werde normal weiterermittelt.

Einer, der bereits als Beschuldigter in Sachen Ideenschmiede geführt wird, ist ein Ex-Referent Uwe Scheuchs (BZÖ/FPK/FPÖ). Er stand am Mittwoch in Klagenfurt in einem anderen Prozess vor Gericht und belastete Scheuch schwer. Der Ex-Mitarbeiter bekam 21 Monate bedingt, der Medienunternehmer Hansjörg Berger 17 Monate bedingt. Beide Urteile sind nicht rechtskräftig.



**Strache muss sich in Neos-Posting Koffer nennen lassen.**

Foto: APA/Fohringer